ANALYSE

Ahmed Al-Khameri und Martin Jerrett
November 2026

Die politische Krise im Süden Jemens bewältigen

Repräsentation, politische Anliegen und die Aussichten auf Dialog



CARPO
Center for Applied Research in Partnership with the Orient

Friedrich Ebert Stiftung

FES Büro Jemen

Impressum

Herausgeberin
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung
FES Büro Jemen, Aden

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion
Dr. Marie-Christine Heinze, CARPO

Kontakt
Astrid Becker
Astrid.Becker@fes.de

Design/Layout
Rohtext, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

November 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
↗ www.fes.de/publikationen

Friedrich Ebert Stiftung

Ahmed Al-Khameri und Martin Jerrett
November 2026

Die politische Krise im Süden Jemens bewältigen

Repräsentation, politische Anliegen und die Aussichten auf Dialog

Inhalt

Abbildungsverzeichnis 3

Akronyme & Abkürzungen 3

Zusammenfassung 4

1. Die Krise von 2026 und was sie offenbart hat 5

2. Die Ursprünge der politischen Anliegen im Süden 8

3. Wer spricht für den Süden? 10

4. Aussichten für einen Süd-Süd-Dialog 13

5. Erforderliche politische Maßnahmen 15

Bibliografie 20

Über das Projekt und über die Autoren 21

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: ↗ Karte 1: Zentrale geografische Dynamiken im Südjemen 2025–2026

Abb. 2: ↗ Karte 2: Räumliche Verteilung der Unterstützung für den STC im Südjemen

Tab. 1: ↗ Prioritäten für die politische Stabilisierung des Südens

Akronyme & Abkürzungen

ACLED	Armed Conflict Location & Event Data
ADM1	Verwaltungseinheiten erster Ebene
CRIMARIO	Critical Maritime Routes (EU-Projekt zum maritimen Kapazitätsaufbau)
EEAS	European External Action Service (Europäischer Auswärtiger Dienst)
EUNAVFOR	European Union Naval Force (Marineverband der EU)
GCC	Gulf Cooperation Council (Golf-Kooperationsrat)
MASAR	Mobilizing Area Solutions for Action and Recovery
ODbL	Open Data Commons Open Database License
PLC	Presidential Leadership Council (Präsidialer Führungsrat)
SIERY	Strengthening Institutional and Economic Resilience in Yemen
SSR	Sicherheitssektorreform
STC	Southern Transitional Council (Südübergangsrat)
UNDP	United Nations Development Programme
VAE	Vereinigte Arabische Emirate

Zusammenfassung

Die Konfrontation zwischen der jemenitischen Zentralregierung und dem Südübergangsrat (STC) von Dezember 2025 bis Januar 2026 veränderte die Verteilung militärischer Macht im Süden Jemens, löste jedoch nicht die Südfrage: den seit Langem bestehenden Streit über politischen Status, Repräsentation, Ressourcen und Rechte infolge der Vereinigung Jemens im Jahr 1990 und des Bürgerkriegs von 1994. Der STC verlor einen Großteil seiner institutionellen und territorialen Machtbasis, doch die Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung des Südens verschwand damit nicht. Ebenso führte die von Saudi-Arabien unterstützte militärische Konsolidierung nicht automatisch zu politischer Legitimität der daraus hervorgehenden Autoritäten.

Die Aussetzung des von Saudi-Arabien unterstützten Süd-Süd-Dialogs birgt ein wachsendes Risiko für die Stabilisierung des Südens. Auch wenn umfassende Verhandlungen während des erneut aufgeflammten militärischen Konflikts mit den Huthis kaum praktikabel sein dürften, könnte eine anhaltende Unterbrechung des politischen Austauschs die Spaltungen im Süden vertiefen, das Vertrauen in Saudi-Arabien schwächen und die Zusammenarbeit zwischen den regierungsnahen Kräften erschweren. Vorrangiges Ziel sollte daher sein, ein begrenztes politisches Engagement aufrechtzuerhalten, das aufkommende Streitigkeiten bearbeitet und die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Dialogs bewahrt. Jeder künftige Prozess muss eine glaubwürdige Repräsentation gewährleisten, den Schutz friedlicher Meinungsäußerung sicherstellen, eine substanzielle Beteiligung der Gouvernorate ermöglichen und eine klare Verbindung zu späteren landesweiten Friedensverhandlungen schaffen.

Ein tragfähiger Ansatz sollte zwischen drei Aufgaben unterscheiden: die Beilegung unmittelbarer Streitigkeiten über Ernennungen, den Zugang zu Institutionen und nachprüfbare Ansprüche; den Umgang mit längerfristigen Meinungsverschiedenheiten über politischen Status, Ressourcenverteilung und Dezentralisierung; sowie die Eindämmung von Zwang, Einschüchterung und einseitigen Maßnahmen. Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Deeskalation sowie Verbesserungen bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen sind wichtige vertrauensbildende Schritte, sollten jedoch nicht zu einem Ersatz für eine politische Lösung werden. Die Tragfähigkeit solcher Regelungen wird von der Entwicklung glaubwürdiger politischer und sicherheitspolitischer Garantien abhängen, die den Rückgriff auf autonome militärische Macht verringern, ohne die beteiligten Akteure der Gefahr von Zwang oder politischer Ausgrenzung auszusetzen.

Europäische Akteure sollten die Moderationsrolle Saudi-Arabiens ergänzen, nicht mit ihr konkurrieren. Die EU und interessierte Mitgliedstaaten können gezielte Unterstützung für Verfahrensmediation, inklusive Konsultationen, zivilgesellschaftliches Monitoring, eine rechenschaftspflichtige öffentliche Verwaltung, die überprüfbare Bearbeitung von Beschwerden und die rechtskonforme Koordinierung im Sicherheitsbereich leisten. Bei der Finanzierung sollte der Schwerpunkt auf umsetzbaren Maßnahmen liegen, die über bestehende jemenitische Institutionen durchgeführt werden können; zugleich sollten ausdrückliche Vorkehrungen getroffen werden, um eine dauerhafte Etablierung von Parallelstrukturen zu verhindern.

1. Die Krise von 2026 und was sie offenbart hat

Eine militärische Neuausrichtung löst nicht die Frage politischer Legitimität.

Nord- und Südjemen waren vor ihrer Vereinigung im Jahr 1990 zwei getrennte Staaten. Streitigkeiten über ihre Integration mündeten im Bürgerkrieg von 1994, dessen Folge dauerhafte Benachteiligungserfahrungen im Süden waren, darunter Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, umstrittene Landübertragungen und politische Marginalisierung. Diese Missstände bildeten in der Folge die Grundlage für eine vielfältige Bewegung, deren Forderungen von institutionellen Reformen und Autonomie bis hin zu einer erneuten Unabhängigkeit reichen.[1]

Die Südfrage bezeichnet daher die ungelösten Streitigkeiten über politischen Status, Repräsentation, Rechte sowie die Verteilung von Macht und Ressourcen zwischen dem ehemaligen Staat Südjemen und der 1990 gegründeten Republik Jemen. Sie ist nicht gleichbedeutend mit einer einheitlichen Forderung nach Unabhängigkeit. Der Südübergangsrat (Southern Transitional Council = STC), der 2017 gegründet wurde und historisch von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützt wurde, entwickelte sich zum sichtbarsten organisierten Fürsprecher der Unabhängigkeit des Südens, auch wenn er nie alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Südens repräsentiert hat.

Im Dezember 2025 startete der STC die Operation *Promising Future* und weitete seine Kontrolle rasch von seinen etablierten Einflussgebieten auf den Osten Jemens aus, insbesondere auf Hadhramaut und al-Mahra. Dabei übernahm er die Kontrolle über militärische Stellungen, Grenzübergänge, staatliche Einrichtungen und mit den umstrittenen PetroMasila-Ölfeldern verbundene Infrastruktur. Obwohl die Operation als Kampagne gegen Terrorismus und Schmuggel dargestellt wurde, wurden sie und die anschließende Verfassungserklärung des STC weithin als Versuch verstanden, im gesamten ehemaligen Südjemen eine neue politische Realität zu schaffen. Der Vormarsch wurde jedoch innerhalb weniger Wochen rückgängig gemacht. Saudi-Arabien drängte zunächst auf einen Rückzug und unterstützte anschließend eine Gegenoffensive, an der Luftangriffe sowie die Nation's Shield Forces, die Yemen Emergency Forces und lokale Akteure beteiligt waren (ACLED 2025; ACLED 2026). Der Präsident des STC, Aidarus al-Zubaidi, verließ das Land und wurde aus dem Präsidialen Führungsrat (Presidential Leadership Council = PLC) ausgeschlossen. Eine STC-Delegation in Riad verkündete die Auflösung der Organisation. Diese Erklärung wurde jedoch von anderen STC-Vertretern zurückgewiesen und beendete nicht die Unterstützung für die Bewegung in der Bevölkerung. Mitglieder der Delegation verblieben auch nach der Aussetzung des Süd-Süd-Dialogs in Riad (Southern Transitional Council 2025).

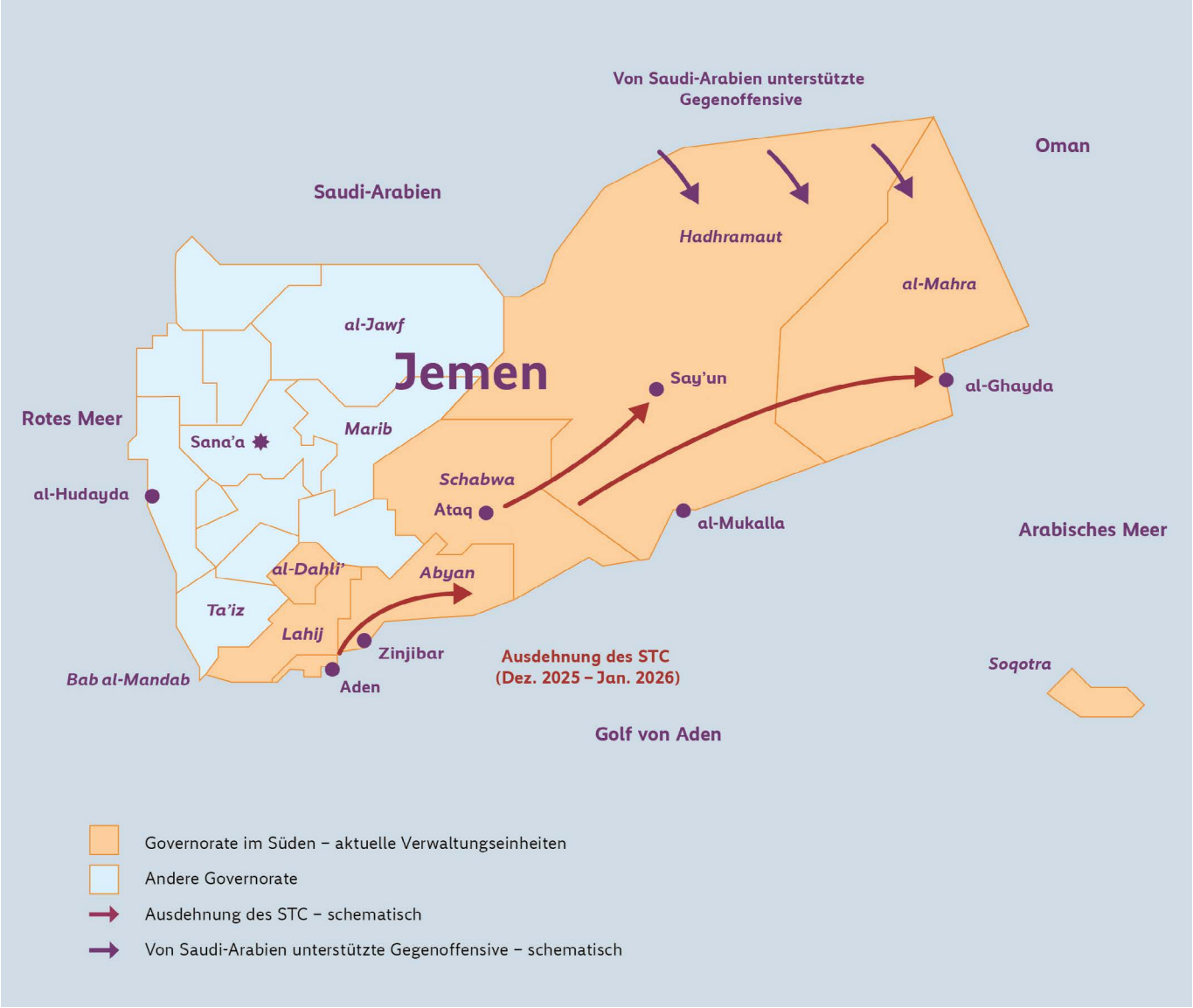
↗ Karte 1: Zentrale geografische Dynamiken im Südjemen 2025–2026

Die Ereignisse lassen sich weder angemessen als plötzlicher Zusammenbruch des STC noch als Stellvertreterkonflikt zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten erklären. Seit 2017 hatte die Unterstützung der VAE dem STC den Aufbau eines schlagkräftigen politisch-militärischen Netzwerks ermöglicht, doch militärische Geländegewinne konnten kein unangefochtenes Mandat zur Herrschaft über den ehemaligen Südjemen schaffen. Zugleich begründete die von Saudi-Arabien unterstützte Wiederherstellung staatlicher Kontrolle für sich genommen keine Zustimmung zu der neuen Verteilung politischer Ämter, militärischer Kräfte oder staatlicher Einnahmen (vertrauliches Interview 2026a).

1 Dieses Papier stützt sich auf semistrukturierte Interviews, die zwischen September und Oktober 2026 mit jemenitischen Politiker:innen, Regierungsvertreter:innen, Akteuren des Sicherheitssektors sowie internationalen Diplomat:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft geführt wurden. Die Interviews wurden sowohl persönlich als auch aus der Ferne durchgeführt. Alle Interviewpartner:innen wurden über den Zweck der Forschung informiert und erhielten das Angebot, anonym zu bleiben. Sofern Interviewte Vertraulichkeit hinsichtlich ihrer institutionellen Zugehörigkeit wünschten, wird lediglich eine allgemeine Bezeichnung verwendet.

Abb. 1

Karte 1: Zentrale geografische Dynamiken im Südjemen 2025–2026



Quelle: Darstellung der Autoren auf Grundlage der geoBoundaries-gbOpen-Daten zu den Verwaltungsgrenzen der ersten Ebene (ADM1) im Jemen (2017), abgeleitet von OpenStreetMap/Wambacher und lizenziert unter der ODbL 1.0. Die politischen und militärischen Anmerkungen beruhen auf den in diesem Papier präsentierten Analysen (geoBoundaries o. J.).

Der Wettbewerb zwischen dem STC und der vom PLC geführten Regierung betraf auch die Kontrolle über Staatseinnahmen sowie die Befugnis, künftige Vereinbarungen zur Verteilung dieser Einnahmen auszuhandeln. Der Druck zur Wiederaufnahme der Öl- und Gasexporte, das Bestreben des PLC, Staatseinnahmen zu zentralisieren, sowie Fortschritte auf der wirtschaftlichen Verhandlungsschiene des Friedensprozesses erhöhten den Wert der Kontrolle über Förderstätten und über die Institutionen, die diese verwalten. Vorschläge, Einnahmen aus überwiegend von der Regierung kontrollierten Gebieten des Südens zur Finanzierung landesweiter Gehaltszahlungen zu verwenden, hatten bereits politischen Widerspruch hervorgerufen. So hatte bereits im April 2023 der STC-Funktionär Amr al-Bidh öffentlich Vorschläge abgelehnt, die auf die Verteilung von Öleinnahmen zwischen Nord und Süd, die Zusammenlegung der beiden Zentralbanken sowie die Verwendung südlicher Ressourcen für Gehaltszahlungen im Rahmen der sich abzeichnenden Friedensregelung zielten (El Yaakoubi/Alghobari 2023). Diese Bedenken verstärkten die Befürchtung, dass Entscheidungen über die Ressourcen des Südens einer Einigung über Repräsentation oder politischen Status vorausgehen könnten. Der Konflikt drehte sich daher darum, wer die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines künftigen Friedens gestalten würde, und nicht lediglich um Öleinnahmen (vertrauliches Interview 2026b).

Die Krise ersetzte zudem eine ungefestigte Sicherheitsordnung durch eine weitere ungefestigte Sicherheitsordnung. Die von Saudi-Arabien unterstützte Umstrukturierung zielt darauf ab, die Koordinierung zwischen den regierungsnahen Kräften zu verbessern und autonome Befehlsketten zu verringern. Kriegsbedingte Ernennungen im Sicherheitssektor und von externen Akteuren unterstützte Konsolidierungsprozesse könnten jedoch die künftige Verteilung von Macht und Zuständigkeiten festlegen, bevor die betroffenen Gemeinschaften darüber Einigkeit erzielt haben, wie sie repräsentiert werden sollen (Ardemagni 2026). Darüber hinaus beurteilen Bürger:innen im Süden staatliche Institutionen nicht allein danach, wer Ämter innehat, sondern auch danach, ob diese Gehälter auszahlen, Strom und grundlegende Dienstleistungen bereitstellen, steigende Preise eindämmen und Korruption bekämpfen können. Proteste gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen in Aden und Hadhramaut verdeutlichen, wie Defizite bei der Erbringung öffentlicher Leistungen das Vertrauen der Bevölkerung in politische Autoritäten untergraben können. Sicherheitsgewinne, die nicht von Verbesserungen einer rechenschaftspflichtigen Regierungsführung begleitet werden, bergen daher das Risiko, diejenigen politischen Anliegen fortbestehen zu lassen, die der politischen Mobilisierung zugrunde liegen (World Bank 2025).

Der von Saudi-Arabien unterstützte Süd-Süd-Dialog entstand als politisches Gegenstück zur militärischen Rückdrängung des STC und als Ausdruck der Anerkennung der Bedeutung der Südfrage für die Stabilität des Jemen. Bislang ist er jedoch ein vorbereitender Prozess geblieben und keine formelle Verhandlung. Mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts haben militärische Operationen und die Konsolidierung des Sicherheitssektors nun Vorrang, während der Dialog zwar weiterhin ein erklärtes politisches Ziel bleibt, dessen Umsetzung jedoch aufgeschoben wurde (vertrauliches Interview 2026c).

2. Die Ursprünge der politischen Anliegen im Süden

Ungelöste Rechtefragen sowie institutionelle und politische Anliegen halten die Südfrage aufrecht.

Die Südfrage umfasst drei miteinander verbundene, aber dennoch unterschiedliche Problembereiche. Der erste betrifft Rechte, Freiheiten und materielle Wiedergutmachung: die Entlassung oder Zwangspensionierung von Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte sowie von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach dem Krieg von 1994; umstrittene Übertragungen von Land- und Eigentumsrechten; ungleicher Zugang zu Beschäftigung und Dienstleistungen sowie Einschränkungen friedlicher politischer Betätigung. Der zweite Bereich betrifft politische Anliegen in Bezug auf die Verteilung politischer Autorität, öffentlicher Einnahmen sowie die Kontrolle über militärische und sicherheitsrelevante Institutionen zwischen Sana'a (dem historischen Sitz der Zentralregierung der Republik Jemen) und den südlichen Gouvernoraten. Der dritte Bereich ist der anhaltende Wettbewerb um die Frage, wer legitim für die südlichen Gouvernorate sprechen kann, deren Interessen sich erheblich voneinander unterscheiden. Die Reduzierung aller drei Problembereiche auf eine binäre Entscheidung zwischen Einheit und Unabhängigkeit hat praktische Lösungsansätze wiederholt verdeckt.

Nord- und Südjemen vereinigten sich 1990, nachdem sie jahrzehntelang getrennte Staaten gewesen waren (Arabische Republik Jemen = Nordjemen / Demokratische Volksrepublik Jemen = Südjemen). Selbst vor der Gründung dieser beiden Republiken in den 1960er Jahren war Jemen innerhalb seiner heutigen Grenzen nie unter einer einheitlichen Herrschaft vereint gewesen. Mit der Vereinigung im Jahr 1990 wurden die politischen und sicherheitsrelevanten Institutionen der beiden Republiken nicht vollständig integriert, und Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Eliten mündeten schließlich im Sezessionskrieg von 1994, als der Süden seine erneute Unabhängigkeit vom Norden anstrebte. Das vor dem Krieg ausgearbeitete Dokument der Einigkeit und Verpflichtung (*Document of Pledge and Accord*) sah Dezentralisierung, den Schutz von Rechten und Reformen des Militärs vor, um den Vereinigungsprozess abzusichern, doch es fehlten das für die Umsetzung erforderliche politische Vertrauen sowie wirksame Durchsetzungsmechanismen (Political Forces Dialogue Committee 1994). Nach dem Sieg des Nordens im Jahr 1994 wurden zahlreiche südjemenitische Offiziere sowie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Zugleich trugen umstrittene Landzuteilungen und die Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Marginalisierung unter der von Sana'a aus regierten Zentralregierung zu wachsendem Unmut im Süden bei (Human Rights Watch 2009).

Die Südliche Bewegung (Hirak) trat 2007 als bedeutende politische Kraft in Erscheinung. Zu ihr gehörten zunächst unter anderem Vereinigungen von pensionierten oder entlassenen Angehörigen staatlicher Institutionen, die ihre Wiedereinstellung und die Gewährung ihrer Ansprüche forderten. Verzögerte Wiedergutmachungsmaßnahmen und staatliche Repression trugen dazu bei, dass sich diese spezifischen beschäftigungs- und rechtsbezogenen Forderungen zu einer breiteren Bewegung für Selbstbestimmung entwickelten. Hirak war jedoch nie eine einheitliche Organisation oder eine Bewegung mit einer einzigen verfassungsrechtlichen Zielvorstellung.

Nachfolgende jemenitische Regierungen erkannten Teile des Problems an. Untersuchungen und präsidiale Komitees befassten sich mit Beschäftigungs- und Landansprüchen; zwar wurden einige Entscheidungen getroffen, ihre Umsetzung wurde jedoch durch Finanzierungslücken, institutionellen Widerstand und erneuten Kriegsausbruch behindert. Präsidialdekret Nr. 42 vom Mai 2023 billigte Maßnahmen zugunsten von 52.766 zivilen, militärischen und sicherheitsrelevanten Beschäftigten, die infolge des Krieges von 1994 entlassen worden waren oder anderweitige Nachteile erlitten hatten. In welchem Umfang diese Entscheidungen tatsächlich zu Wiedereinstellungen, Auszahlungen oder anderen Leistungsansprüchen geführt haben, bleibt jedoch unklar. Die Ermittlung der noch offenen Fälle sowie des hierfür erforderlichen Finanzierungsbedarfs sollte eine Priorität jedes erneuerten Mechanismus zur Wiedergutmachung sein.

Der Umsetzungsmechanismus zur GCC-Initiative von 2011, die den Arabischen Frühling im Jemen beendete, verpflichtete die anschließende Nationale Dialogkonferenz dazu, die Südliche Bewegung einzubeziehen und sich ausdrücklich mit der Südfrage zu befassen – neben Verfassungsreformen, nationaler Versöhnung, Übergangsjustiz und der Reform der lokalen Verwaltung (Gulf Cooperation Council 2011: Abs. 20–21). Ein bedeutender Erfolg der Nationalen Dialogkonferenz bestand in der formellen Anerkennung der Südfrage als strukturelles politisches Problem, das nicht

nur die Wiedergutmachung historischer Benachteiligungen erforderte, sondern auch grundlegende Veränderungen bei der Verteilung von Macht, Ressourcen und politischer Autorität innerhalb des jemenitischen Staates. Zu ihren Ergebnissen gehörten Vorschläge für einen föderalen Staatsaufbau, eine zeitlich befristete Parität des Südens in den führenden staatlichen Institutionen, Schutzmechanismen gegen erzwungene Entlassungen sowie Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten im öffentlichen Dienst und im Sicherheitssektor (National Dialogue Conference 2013). Allerdings boykottierten wichtige Strömungen der Südlichen Bewegung die Nationale Dialogkonferenz oder bestritten die Legitimität der für die Bewegung Teilnehmenden. Die anschließende Entscheidung vom Februar 2014, den künftigen Bundesstaat in sechs Regionen zu gliedern, teilte den ehemaligen Südjemen auf die Regionen Aden und Hadhramaut auf, ohne dafür eine breite Zustimmung unter den politischen Akteur:innen des Südens zu erreichen (Regions Committee 2014: 2–3; Yemen Policy Center 2022). Die Umsetzung dieser Beschlüsse wurde jedoch durch den Zusammenbruch des Transitionsprozesses überholt.

Das 2019 von Saudi-Arabien vermittelte Riad-Abkommen, das den Konflikt zwischen der Regierung und dem STC beenden und die Anstrengungen gegen die Huthis bündeln sollte, folgte einer enger gefassten Logik der Machtteilung. Es erkannte den STC als eine zentrale Verhandlungspartei an und verknüpfte seine Beteiligung an der Regierung mit Vereinbarungen zur Verwaltung staatlicher Einnahmen sowie zur Neuordnung der militärischen und sicherheitsrelevanten Kräfte. Der anschließende Umsetzungsmechanismus vom Juli 2020 sah eine Regierung mit gleicher Repräsentation des Nordens und des Südens vor, einschließlich Ministern des STC (Government of Yemen/Southern Transitional Council 2019: Anhänge I–III; Saudi Press Agency 2020). Die Bildung des PLC im Jahr 2022 erhöhte den Anteil südlicher Vertreter weiter, auf etwa die Hälfte seiner Mitglieder. Dennoch konnten diese Regelungen die Anliegen des Südens nicht klären. Dies verdeutlicht den Unterschied zwischen der zahlenmäßigen Einbindung südlicher Eliten und der repräsentativen Einbindung südlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppen. Die Übernahme politischer Ämter schuf weder einvernehmlich vereinbarte Regeln für die Verteilung von Ressourcen, politische Macht auf Gouvernoratsebene, eine rechenschaftspflichtige Steuerung des Sicherheitssektors noch für das Verhältnis des Südens zum Staat.

Umfrageergebnisse unterstreichen diese Diskrepanz. Eine 2019 vom Yemen Polling Center durchgeführte Umfrage ergab, dass rund 46 Prozent der Befragten in den südlichen Gouvernoraten die Abspaltung vom Norden befürworteten, während die Einstellungen gegenüber dem STC und zur Verteilung politischer Autorität innerhalb des Südens erheblich variierten. Dieselbe Umfrage dokumentierte zudem eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Bedingungen, den Beschäftigungsmöglichkeiten, den öffentlichen Dienstleistungen und der Menschenrechtssituation im gesamten Jemen. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass gemeinsame Benachteiligungserfahrungen mit unterschiedlichen politischen Präferenzen und konkurrierenden Ansprüchen auf Repräsentation koexistieren können (Transfeld 2019).

Frühere Initiativen zur Bearbeitung der Südfrage waren dort erfolgreich, wo sie konkrete Benachteiligungen anerkannten, funktionsfähige Abhilfemechanismen schufen oder unmittelbare Konflikte eindämmten. Sie scheiterten dort, wo die Umsetzung ausblieb, die Ernennung von Eliten an die Stelle rechenschaftspflichtiger Institutionen trat oder eine einzelne Organisation als Repräsentantin eines vielfältigen Südens behandelt wurde. Ein wiederkehrendes Problem bestand darin, dass politische Vereinbarungen keine glaubwürdigen Garantien gegen erneute Gewaltanwendung bieten konnten. Für einige Akteure im Süden verstärkten diese Erfahrungen die Wahrnehmung, dass die Aufrechterhaltung eigenständiger militärischer Fähigkeiten einen besseren Schutz vor politischer Marginalisierung bietet als formelle Vereinbarungen. Gleichzeitig hat der Rückgriff auf militärische Macht selbst wiederholt ausgehandelte Regelungen untergraben und damit einen Kreislauf geschaffen, in dem das Fehlen glaubwürdiger Garantien konfrontative Zwangsstrategien begünstigt, die das Vertrauen in politische Vereinbarungen weiter schwächen (vertrauliches Interview 2026d).

3. Wer spricht für den Süden?

Der Süden ist keine homogene politische Gemeinschaft, und bewaffnete Macht begründet keine politische Repräsentation.

Die Ereignisse vom Januar 2026 veränderten die Verteilung militärischer und institutioneller Macht im Süden des Jemen, beantworteten jedoch nicht die Frage der politischen Repräsentation. Der STC verlor die territoriale Kontrolle, den Zugang zu staatlichen Institutionen und einen Großteil des Zwangspotenzials, das er seit 2015 aufgebaut hatte. Die Akteure, die von seiner Niederlage profitierten, übernahmen jedoch nicht automatisch seine politische Anhängerschaft. Regierungsnahe Kräfte verfügen inzwischen über größere institutionelle und militärische Autorität, ohne notwendigerweise auf eine vergleichbare politische Unterstützung zählen zu können, während öffentliche Demonstrationen und das Fortbestehen STC-naher Netzwerke darauf hindeuten, dass der Separatismus im Süden weiterhin über eine organisierte Anhängerschaft verfügt.

Politischer Einfluss und Zwangsstrategien

↗ Karte 2: Räumliche Verteilung der Unterstützung für den STC im Südjemen

Der STC bleibt der stärkste organisierte Ausdruck des Separatismus im Süden. Seine dauerhafteste gesellschaftliche und militärische Basis liegt in al-Dhali‘, Radfan und Yafi‘, während seine Unterstützung in Aden in erheblichem Maße von Bürger:innen getragen wird, die die Einheit Jemens mit der Marginalisierung nach 1994 verbinden. In Abyan und Schabwa war seine Präsenz hingegen stets weniger ausgeprägt, an Teilen der Küste Hadhramauts stärker als im Wadi Hadhramaut und in al-Mahra am schwächsten.

Die militärische Niederlage des STC sollte nicht mit dem Verschwinden der Forderung nach Unabhängigkeit oder ihrer gesellschaftlichen Unterstützerbasis gleichgesetzt werden. Wie ein anonymer jemenitischer Interviewpartner feststellte, ist es bislang keinem anderen Akteur gelungen, dessen Kombination aus Organisation, politischer Kommunikation und Mobilisierung auf der Straße zu reproduzieren. Die Unterstützung für die Unabhängigkeit des Südens reicht zudem über den STC hinaus: Einige Fraktionen der Südlichen Bewegung sowie unabhängige Persönlichkeiten aus dem Süden teilen das Ziel der Wiederherstellung eines südjemenitischen Staates, lehnen jedoch die organisatorische Dominanz des STC oder die wahrgenommene Konzentration der Führung in den Händen bestimmter regionaler Netzwerke ab (vertrauliches Interview 2026e).

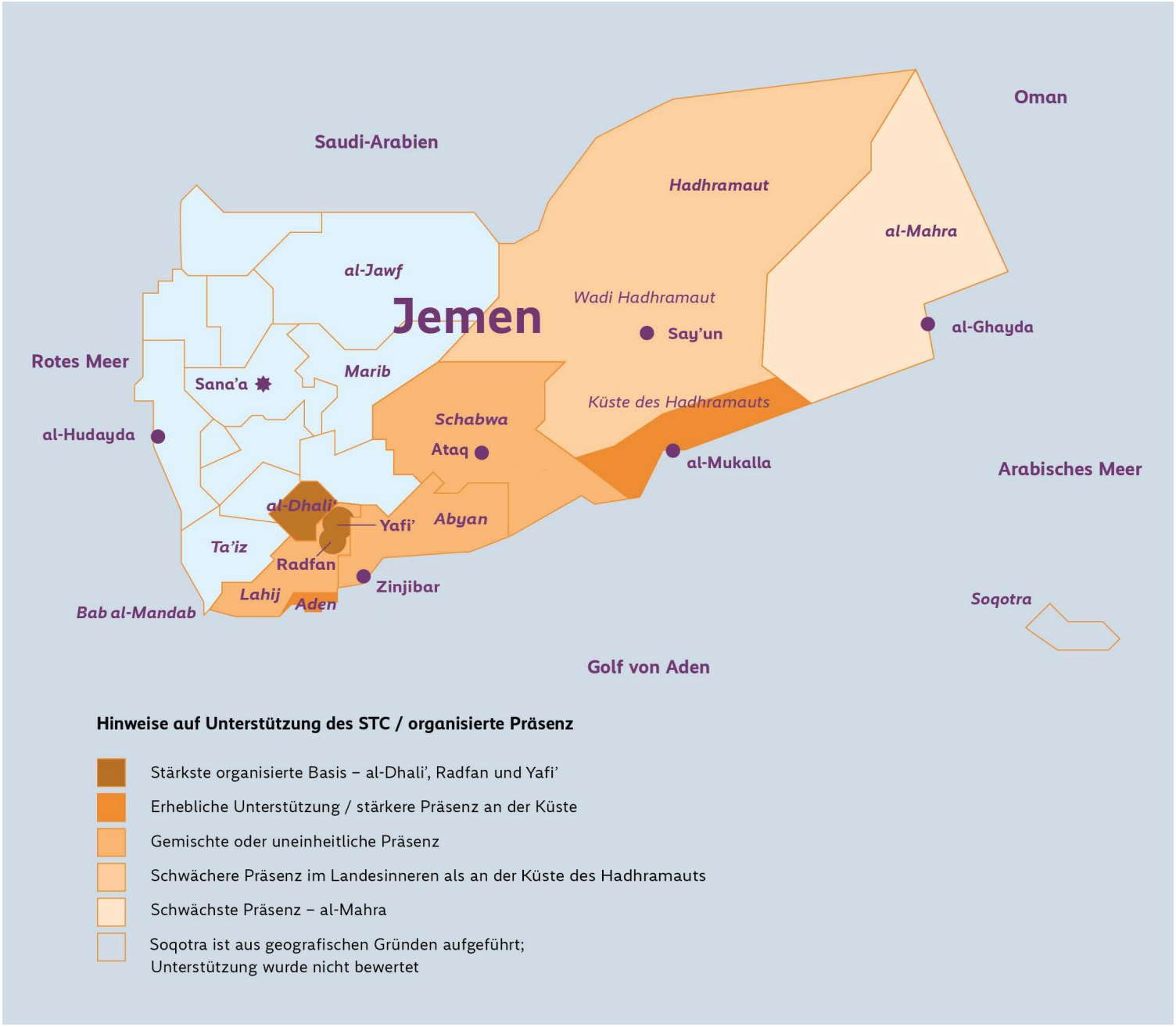
Die politische Landschaft nach dem Krieg lässt sich nicht allein anhand politischer Organisationen erfassen. Formale Militärregionen, die Nation’s Shield Forces, die Giants Brigades, umstrukturierte ehemalige STC-Verbände, Sicherheitskräfte auf Ebene der Gouvernorate sowie Stammesformationen verfügen jeweils über unterschiedliche Kombinationen von militärischer Macht und institutioneller Autorität. Die formale Eingliederung in das Verteidigungs- oder Innenministerium hat nicht zwangsläufig zu einer operativen Integration oder einer einheitlichen Befehlskette geführt (vertrauliches Interview 2026f).

Die wachsende Rolle salafistisch geprägter Formationen verdeutlicht den Unterschied zwischen militärischer Leistungsfähigkeit und politischer Repräsentation. Die Giants Brigades und Teile der Nation’s Shield Forces verfügen über ein hohes Maß an Geschlossenheit und Kampferfahrung, doch der Salafismus im Jemen ist keine einheitliche politische Bewegung. Anhänger von Abu Zara‘a al-Muharrami, dem Anführer der Giants Brigades, betrachten ihn als einen effektiven politischen Führer des Südens, dessen Aufstieg ursprünglich innerhalb der mit dem STC verbundenen Sicherheitsordnung erfolgte. Kritiker befürchten hingegen, dass mit seiner Person militärische Wirksamkeit in politische Autorität umgewandelt wird, ohne dass er auf eine Geschichte der Vertretung südlicher Anliegen zurückblicken kann. Im Hadhramaut und in al-Mahra kommt die zusätzliche Sorge hinzu, dass eine Neuordnung des Sicherheitssektors unter Kommandeuren mit Verbindungen nach Aden genau jene Zentralisierung reproduzieren könnte, gegen die sich lokale gesellschaftliche und politische Kräfte wenden.

Traditionelle Parteien behalten Einfluss anderer Art. Die Islah-Partei ist im militärischen Bereich und im öffentlichen Leben des Südens zwar erheblich geschwächt worden, verfügt jedoch weiterhin über gesellschaftliche, bildungsbezogene und stammesbasierte Netzwerke. Der Allgemeine Volkskongress kann trotz seiner organisatorischen Zersplitterung ebenfalls weiterhin auf erfahrene Funktionsträger zurückgreifen. Kleinere Organisationen der Südlichen Bewegung mögen zwar über geringere militärische Machtressourcen verfügen, ihr Wiederauftreten nach Januar 2026 ist jedoch von Bedeutung, weil ihr Ausschluss erneut Kontrolle mit Repräsentation verwechseln würde.

Abb. 2

Karte 2: Räumliche Verteilung der Unterstützung für den STC im Südjemen



Quelle: Darstellung der Autoren auf Grundlage der geoBoundaries-gbOpen-Daten zu den Verwaltungsgrenzen der ersten Ebene (ADM1) im Jemen (2017), abgeleitet von OpenStreetMap/Wambacher und lizenziert unter der ODbL 1.0. Die dargestellten Muster der Unterstützung für den STC sowie seiner Präsenz als Organisation beruhen auf der qualitativen Bewertung der in diesem Papier diskutierten Quellen und Interviews durch die Autoren (geoBoundaries o. J.).

Politische Dynamiken im Hadhramaut und die Territorialisierung der Politik im Süden

Hadhramaut verdeutlicht besonders klar die Grenzen einer Betrachtung des Südens als homogene politische Gemeinschaft. Seine Größe, seine natürlichen Ressourcen, seine ausgeprägte lokale Identität und die inneren Unterschiede zwischen Küstenregion und Wadi erzeugen politische Forderungen, die sich nicht auf Zustimmung oder Ablehnung von Sezession reduzieren lassen. Die Hadhramawt Inclusive Conference, die Tribal Alliance, der National Council, die lokalen Behörden und die Sicherheitsformationen repräsentieren jeweils Teile dieser politischen Landschaft, doch keine von ihnen kann einen unangefochtenen Vertretungsanspruch für das gesamte Gouvernorat erheben.

Die Gründung des Supreme Hadhrami Coordination Council im August 2026 stellt den Versuch dar, diese Positionen vor möglichen umfassenderen Verhandlungen über den Süden zu bündeln. Seine erklärte Haltung ist, dass Hadhramaut mit einem eigenen politischen Projekt in Verhandlungen eintreten und größeren Einfluss auf die Nutzung seiner Ressourcen ausüben sollte. Dies verdeutlicht, wie lokale Repräsentation sowohl eine von Sana'a geprägte Zentralregierung als auch ein auf Aden konzentriertes politisches Projekt für den Süden infrage stellen kann. Ähnliche Dynamiken finden sich in al-Mahra, wo lokale Identität und Sensibilität gegenüber einer militärischen Präsenz externer Akteure besonders ausgeprägt sind, ebenso sowie in Schabwa.

Regionale Interessen und südjemenitische Handlungsspielräume

Zu den Prioritäten Saudi-Arabiens gehören die Sicherheit seiner Grenzen, der Erhalt eines funktionsfähigen jemenitischen Staates, die Eindämmung der Huthis sowie der Schutz strategisch wichtiger Zugangswege durch Hadhramaut und al-Mahra. Der Ansatz der Vereinigten Arabischen Emirate hingegen legt einen stärkeren Schwerpunkt auf leistungsfähige lokale Sicherheitspartner, Seehandelsrouten, Häfen und die Terrorismusbekämpfung. Die direkte Rolle der VAE hat zwar an Bedeutung verloren, doch die im Rahmen des STC und der Küstenstreitkräfte aufgebauten Beziehungen prägen die Politik im Süden weiterhin.

Einige Akteure im Süden stellen ihre politischen Projekte als Lösungen für externe Sicherheitsbedenken dar, um Zugang zu Ressourcen und politischen Einfluss zu gewinnen. Die Differenzen zwischen Saudi-Arabien und den VAE haben zur Polarisierung der politischen und militärischen Netzwerke im Süden beigetragen, während die südjemenitischen Fraktionen bislang nur begrenzte Fortschritte dabei erzielt haben, diese Spaltungen eigenständig zu überwinden. Das Ergebnis ist eine Wechselwirkung: Regionale Konkurrenz trägt zur Fragmentierung politischer Autorität im Süden bei, während südjemenitische Akteure diese Konkurrenz nutzen, um ihre eigene lokale Position zu stärken. Ohne Anreize für Akteure im Süden, über regionale Bündnislinien hinweg zu verhandeln, besteht die Gefahr, dass sich die regionale Fragmentierung dauerhaft in den politischen Institutionen und Sicherheitsstrukturen des Südens verfestigt.

Die neuerliche Konflikteskalation hat zudem Meinungsverschiedenheiten zwischen Akteuren im Süden hinsichtlich des Umfangs einer militärischen Beteiligung am Kampf gegen die Huthis offengelegt. Einige Fraktionen befürworten die Teilnahme an umfassenderen Operationen an der Seite der von Saudi-Arabien unterstützten Regierungstruppen, während andere dafür eintreten, Einsätze südjemenitischer Kräfte auf die Verteidigung des südjemenitischen Territoriums zu beschränken (vertrauliches Interview 2026g). Diese Unterscheidung wirft nicht nur Fragen nach den politischen Zielsetzungen auf, für die südjemenitische Kräfte mobilisiert werden, sondern auch nach den Garantien, die den beteiligten Formationen angeboten werden, sowie danach, ob ihre Beteiligung den politischen Anliegen des Südens dient oder sie zurückstellt.

Vier konkurrierende politische Ordnungsvorstellungen existieren derzeit nebeneinander: ein vom STC geführter unabhängiger Süden; ein föderales oder regional autonomes System; ein von Saudi-Arabien unterstützter jemenitischer Staat mit neu strukturierten Sicherheitskräften im Süden; sowie eine faktische Lokalisierung politischer Autorität auf Ebene der Gouvernorate. Gegenwärtig verfügt keine dieser Ordnungen allein über ausreichende Zustimmung oder Zwangsmacht, um sich durchzusetzen. Jeder Dialogprozess, der die Frage, „wer für den Süden spricht", als bereits beantwortet voraussetzt, wird genau jenen Wettbewerb um Repräsentation reproduzieren, den er eigentlich bewältigen soll.

4. Aussichten für einen Süd-Süd-Dialog

Der Dialog benötigt glaubwürdige Verfahren, differenzierte Vermittlungsrollen und eine schrittweise Verhandlungsstrategie.

Der von Saudi-Arabien unterstützte Süd-Süd-Dialog entstand aus der Konfrontation von Dezember 2025 bis Januar 2026. Am 3. Januar 2026 begrüßte Saudi-Arabien das Ersuchen des PLC-Vorsitzenden Rashad al-Alimi, in Riad eine inklusive Konferenz auszurichten, die politische Akteure des Südens zusammenbringen sollte, um Lösungen für die Südfrage zu erörtern (Saudi Press Agency 2026). Die Initiative erkannte eine grundlegende politische Realität an: Die Rückdrängung der territorialen Gewinne des STC hatte das Kräfteverhältnis verändert, ohne die Frage zu klären, wer den Süden repräsentiert, wie seine Ressourcen verwaltet werden sollten oder wie sein künftiges Verhältnis zum jemenitischen Staat aussehen soll.

Vorrangiges Ziel sollte es sein, den Dialog während seiner kriegsbedingten Aussetzung als glaubwürdigen politischen Prozess zu bewahren und die Voraussetzungen für seine spätere Wiederaufnahme zu schaffen. Dies erfordert vereinbarte Regeln für Repräsentation und Entscheidungsfindung, eine klarere Trennung zwischen der Schirmherrschaft Saudi-Arabiens und einer eigentlichen Vermittlungsfunktion sowie eine schrittweise Verhandlungsagenda, die sich mit den unmittelbaren Streitfragen in den Bereichen Regierungsführung und Sicherheit befasst, ohne die politische Zukunft des Südens vorwegzunehmen.

Ein verlängerter Vorbereitungsprozess

Zwischen dem 11. und 16. Februar 2026 veranstaltete das Gulf Research Center in Riad vier Workshops, an denen rund 50 Persönlichkeiten aus dem Süden teilnahmen. Die Teilnehmenden befassten sich mit den historischen Ursachen der Südfrage, verfassungsrechtlichen Optionen, Versöhnung, Übergangsjustiz sowie der Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (vertrauliches Interview 2026h). Zwar fanden weitere Konsultationen statt, die erneute Eskalation des Konflikts hat die Vorbereitungen jedoch faktisch ausgesetzt, da militärische Operationen derzeit Vorrang haben. Bislang wurden weder einvernehmlich vereinbarte Verfahrensregeln für die Verhandlungen noch Regeln für die Repräsentation oder ein überarbeiteter Zeitplan entwickelt (vertrauliches Interview 2026i).

Die Aussetzung des Dialogs schafft ein politisches Dilemma. Sie könnte einerseits dazu führen, dass die Umstrukturierung des Sicherheitssektors, Personalentscheidungen und institutionelle Veränderungen die politischen Rahmenbedingungen neu gestalten, bevor die politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Südens über ihr künftiges Verhältnis zum Staat verhandeln können. Es besteht die Gefahr, dass der Dialog erst dann wiederaufgenommen wird, wenn zentrale Fragen der Autorität und Repräsentation durch Entscheidungen aus Kriegszeiten faktisch bereits entschieden worden sind. Die Aussetzung hat andererseits Auswirkungen auf die militärische Kampagne selbst: Das Ausbleiben politischen Engagements könnte das Vertrauen zwischen Saudi-Arabien und Teilen der politischen Landschaft im Süden schwächen und dadurch Bemühungen erschweren, eine breitere Beteiligung südjemenitischer Akteure an Operationen gegen die Huthis zu sichern. Diese unterschiedlichen Einschätzungen verdeutlichen ein zentrales Dilemma der Stabilisierung: Umfassende Verhandlungen lassen sich während einer militärischen Eskalation möglicherweise nur schwer aufrechterhalten, doch ein vollständiger Aufschub politischen Engagements könnte den Zusammenhalt untergraben, der für eine wirksame militärische Kampagne erforderlich ist.

Schirmherrschaft, Mediation und Garantien

Saudi-Arabien verfügt über den größten regionalen Einfluss, um die relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen, eine Eskalation zu begrenzen und die Umsetzung von Vereinbarungen zu unterstützen. Zugleich ist es jedoch selbst ein sicherheitspolitischer Akteur mit eigenen Interessen, der staatliche Institutionen und bestimmte bewaffnete Formationen unterstützt. Werden die Auswahl der Teilnehmenden, die Festlegung der Agenda, die Vermittlung sowie die Durchsetzung von Vereinbarungen unter der Verantwortung eines einzigen Schirmherrn gebündelt, besteht die Gefahr, dass miteinander konkurrierende Interessengruppen den Eindruck gewinnen, die Ergebnisse stünden bereits im Voraus fest.

Eine klarere Aufgabenteilung würde das politische Engagement Riads für den Prozess stärken. Saudi-Arabien könnte die Rolle des zentralen Schirmherrn und potenziellen Garanten beibehalten, während ein einvernehmlich eingesetztes Vermittlungsgremium die Verhandlungen begleitet und ein technisches Sekretariat Handlungsoptionen ausarbeitet sowie getroffene Vereinbarungen dokumentiert. Die

bestehenden Differenzen zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten müssen nicht beigelegt sein, bevor der Dialog wiederaufgenommen wird. Ein grundlegendes Einvernehmen darüber, die Umsetzung gemeinsam vereinbarter Regelungen nicht zu behindern, würde jedoch das Risiko minimieren, dass regionale Rivalitäten die Umsetzung untergraben.

Die größere Herausforderung betrifft die Glaubwürdigkeit politischer und sicherheitspolitischer Garantien. Gesprächspartner:innen aus dem Süden äußerten häufig Skepsis gegenüber internationalen und regionalen Zusicherungen und verwiesen darauf, dass frühere Vereinbarungen wiederholt an der Verhinderung des Einsatzes militärischer Gewalt zur Veränderung politischer Machtarrangements gescheitert seien. Aus dieser Perspektive wird die Aufrechterhaltung eigenständiger militärischer Fähigkeiten als verlässlichere Absicherung gegen politische Marginalisierung betrachtet als externe Garantien (vertrauliches Interview 2026j). Zugleich verdeutlicht die militärische Expansion des STC im Dezember 2025 die Grenzen eines Ansatzes, der sich auf militärische Macht stützt, um politische Ziele durchzusetzen. Daraus ergibt sich ein zentrales Dilemma: Die Akteure sind nicht bereit, ihre militärische Verhandlungsmacht aufzugeben, solange glaubwürdige Garantien fehlen; zugleich untergräbt die fortgesetzte Nutzung dieses Einflusses das Vertrauen, das notwendig ist, damit Vereinbarungen Bestand haben können. Die Herausforderung besteht daher darin, Garantien zu entwickeln, die politische Zusagen mit überprüfbaren Sicherheitsregelungen, rechenschaftspflichtigen Institutionen und gemeinsam vereinbarten Umsetzungsverfahren verbinden.

Ein mehrstufiges Verhandlungsmandat

Mit den Vorbereitungen vertraute Gesprächspartner beschreiben ein mögliches Drei-Phasen-Modell. Danach würden die politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Südens zunächst politische und institutionelle Handlungsoptionen erarbeiten. Diese würden anschließend mit Akteuren im Lager der international anerkannten Regierung und schließlich mit Vertretern der von den Huthis kontrollierten Gebiete erörtert. Ein solcher Ansatz würde es den Akteuren des Südens ermöglichen, eigene Vorschläge zu entwickeln, ohne davon auszugehen, dass Verfassungsänderungen, die das gesamte Land betreffen, einseitig durchgesetzt werden können (vertrauliches Interview 2026k).

Sobald die Bedingungen eine Wiederaufnahme des Dialogs zulassen, sollte sich sein unmittelbares Mandat auf praktische Regelungen konzentrieren, die Konfrontationen verringern und politischen Handlungsspielraum bewahren: Verzicht auf Vergeltungsmaßnahmen, Teilhabe, Verfahren zur Überprüfung umstrittener Ernennungen in Regierungs-, Gouvernorats- und Sicherheitspositionen, sicherheitspolitische Deeskalation, Transparenz bei Staatseinnahmen, Gehaltszahlungen und die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen. Konkurrierende politische Projekte – Unabhängigkeit, Föderalismus, Autonomie oder staatliche Einheit – sollten weiterentwickelt werden können, ohne dass hierfür eine unmittelbare Einigung erforderlich ist. In einer späteren Verhandlungsphase könnten verfassungsrechtliche Regelungen, territoriale Zuständigkeiten und die Verteilung von Ressourcen behandelt werden, wobei das Verhältnis zwischen den inner-südlichen Beratungen und der erforderlichen gesamtstaatlichen Zustimmung bereits im Vorfeld festgelegt werden sollte.

Repräsentation ohne vorgegebene Ergebnisse

Der militärische Rückschlag des STC hat die gesellschaftliche Unterstützerbasis für die Unabhängigkeit nicht beseitigt; ebenso wenig begründete seine frühere territoriale Kontrolle ein Mandat, für den gesamten Süden zu sprechen. Die Regeln der Repräsentation müssen ausgehandelt werden, bevor Sitze vergeben werden. Ein vielfältig zusammengesetztes vorläufiges Vorbereitungskomitee sollte Entwürfe für Nominierungs-, Zulassungs-, Auswahl-, Interessenkonflikt- und Beschwerdeverfahren veröffentlichen und zur Konsultation stellen. Bei der Auswahl könnten belegte gesellschaftliche Verankerung sowie organisatorische Präsenz berücksichtigt werden, anstatt sich allein an bewaffneter Stärke oder regionaler Unterstützung zu orientieren.

Zwei sich ergänzende Verfahrensstränge könnten verhindern, dass politische Präferenzen mit territorialer Repräsentation gleichgesetzt werden. Ein politischer Verfahrensstrang könnte konkurrierende verfassungsrechtliche Modelle ausarbeiten, während Konsultationen auf Gouvernoratsebene Prioritäten in Bezug auf Ressourcen, lokale Verwaltung, Dienstleistungen, Landfragen und Sicherheit ermitteln würden. Beide Stränge würden ihre Vorschläge über technische Ausschüsse in ein gemeinsames Forum einspeisen. Das Prinzip von Wohnsitz und Betroffenheit, das Personen einschließt, die in den südlichen Gouvernoraten leben und von dortigen politischen Entscheidungen betroffen sind, bietet einen inklusiveren Ausgangspunkt als ein auf Abstammungskriterien basierender Ausschluss, muss jedoch selbst Gegenstand von Verhandlungen sein.

Echte Teilhabe erfordert zudem Rechenschaftspflicht, die über den eigentlichen Verhandlungstisch hinausgeht. Konsultationen auf Ebene der Gouvernorate sollten offenlegen, welche Vorschläge an die Verhandlungsparteien weitergeleitet und welche angenommen oder abgelehnt wurden. Eine unabhängige Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen- und Jugendorganisationen, sollte die Verfahrensgerechtigkeit, mögliche Einschüchterungsversuche sowie die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen überwachen. Track-2-Initiativen können während der Aussetzung des Dialogs Kommunikationskanäle zu zurückhaltenden oder ausgeschlossenen Akteuren offenhalten und zugleich Optionen für künftige Verhandlungen vorbereiten.

5. Erforderliche politische Maßnahmen

Gezielte Unterstützung zur Beilegung unmittelbarer Streitigkeiten, zum Umgang mit strukturellen Meinungsverschiedenheiten und zur Eindämmung von Zwangsausübung.

Die kriegsbedingte Aussetzung des Süd-Süd-Dialogs wirft eine wichtige strategische Frage auf: ob die Priorisierung militärischer Operationen gegen die Huthis es rechtfertigt, die politische Einbindung der Akteure im Süden aufzuschieben. Im Jemen birgt die Fortsetzung von Umstrukturierungen im Sicherheitssektor, Personalentscheidungen und Entscheidungen über Ressourcenverteilung ohne entsprechende politische Einbindung die Gefahr, die Spaltungen im Süden zu vertiefen und die Zusammenarbeit zwischen regierungsnahen Akteuren zu schwächen. Zugleich könnte die Einberufung umfassender Verhandlungen während einer Phase aktiver militärischer Eskalation politische Aufmerksamkeit binden und zu Zusagen führen, die sich nicht umsetzen lassen.

Der realistischere Ansatz besteht weder darin, den vollständigen Süd-Süd-Dialog sofort wiederaufzunehmen, noch darin, politische Einbindung bis zum Ende des Krieges auszusetzen. Militärische Operationen sollten vielmehr von einem begrenzten politischen Stabilisierungsansatz begleitet werden, der darauf abzielt, die Kommunikation zwischen den politischen und gesellschaftlichen Kräften des Südens aufrechtzuerhalten, Zwangsmaßnahmen gegenüber umstrittenen Institutionen zu verhindern, unmittelbare Anliegen zu bearbeiten und die verfahrensbezogenen Grundlagen für künftige Verhandlungen vorzubereiten. Saudi-Arabien sollte weiterhin die Verantwortung für die politische Schirmherrschaft des Prozesses sowie die Koordinierung mit der jemenitischen Regierung übernehmen, während europäische Partner diskrete Konsultationen, institutionelle Kapazitäten und unabhängige Monitoring-Mechanismen unterstützen können.

Die nachstehenden Empfehlungen unterscheiden zwischen dem, was sofort geklärt werden muss, dem, was über einen längeren Zeitraum schrittweise bearbeitet werden muss, und dem, was im Bereich politischer, wirtschaftlicher und sicherheitsbezogener Prioritäten eingedämmt werden muss. „Sofort klären“ bezieht sich auf unmittelbare Verfahrensstreitigkeiten sowie auf überprüfbare und finanzierbare Abhilfemaßnahmen; strukturelle Verhandlungen und Maßnahmen zur Eindämmung von Zwangsmaßnahmen müssen parallel dazu vorangetrieben werden. Ebenso bedeutet „über einen längeren Zeitraum bearbeiten“ nicht, bis zum Ende des Krieges zu warten.

Politische Prioritäten

Sofort klären. Saudi-Arabien und die jemenitischen Behörden sollten diskrete Kommunikationskanäle zu politischen Bewegungen im Süden, Vertreter:innen der Gouvernorate und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufrechterhalten, um Streitigkeiten über umstrittene Ernennungen, den Zugang zu Institutionen und die Stationierung von Sicherheitskräften zu bearbeiten, die das Risiko weiterer Konfrontationen bergen. Diese Konsultationen sollten die politische Teilhabe sichern und vereinbarte Verfahren für Repräsentation und Entscheidungsfindung vorbereiten, damit diese zur Verfügung stehen, sobald formelle Verhandlungen wiederaufgenommen werden können.

Eine klarere Aufgabenteilung würde die politische Investition Riads in den Dialogprozess im Süden stärken. Saudi-Arabien übernimmt die politische Schirmherrschaft über den Prozess und unterstützt die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen; die jemenitischen Teilnehmenden verständigen sich auf Verfahren der Repräsentation; gemeinsam akzeptierte Vermittler:innen begleiten die Verhandlungen; und ein Sekretariat dokumentiert Vorschläge, Entscheidungen und Zuständigkeiten.

Europäische Partner könnten diese vorbereitenden Arbeiten über bestehende Mediations- und Track-2-Formate begleiten, ohne eine konkurrierende politische Plattform zu schaffen.

Über längere Zeit bearbeiten. Sobald der Dialog wiederaufgenommen wird, sollte ein handhabbares Verhandlungsforum politische Strömungen mit Konsultationen auf Ebene der Gouvernorate verbinden, die sich mit Dezentralisierung, Ressourcen, lokaler Autorität und verfassungsrechtlichen Alternativen befassen. Mit dem STC verbundene Gruppen sowie andere Bewegungen im Süden sollten die Möglichkeit zu friedlicher Beteiligung erhalten, und zwar auf Grundlage vereinbarter Nominierungs-, Auswahl- und Beschwerdeverfahren, die sich an gesellschaftlicher Unterstützung und Verhandlungsbereitschaft orientieren, anstatt an militärischer Stärke oder regionaler Unterstützung. Diese Verfahren sollten Frauen, Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen substanzielle Möglichkeiten eröffnen, Vorschläge mitzugestalten und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Saudi-Arabien sollte die Rolle des zentralen Schirmherrn beibehalten, während von den Teilnehmenden akzeptierte Vermittler:innen die Verhandlungen begleiten und ein technisches Sekretariat Vor-

schläge, Entscheidungen und Umsetzungsverantwortlichkeiten dokumentiert. In Übereinstimmung mit der Empfehlung von Al-Amrani und Pickhardt (2026: 13) sollte die unabhängige jemenitische Zivilgesellschaft die Inklusivität des Prozesses und die Umsetzung seiner Ergebnisse überwachen. Das Verhandlungsforum sollte begründete Rückmeldungen veröffentlichen, aus denen hervorgeht, welche Vorschläge aus den Konsultationen angenommen, zurückgestellt oder abgelehnt wurden. Die Teilnehmenden sollten sich außerdem darauf verständigen, wie Vorschläge aus dem Süden in spätere landesweite Verhandlungen eingebracht werden, in Abstimmung mit dem von den Vereinten Nationen geführten Prozess und ohne davon auszugehen, dass das südliche Forum über die verfassungsrechtliche Zukunft des gesamten Landes entscheiden kann. Europäische Partner könnten diese Regelungen über bestehende Initiativen der Friedensförderung unterstützen.

Im Rahmen dieser längerfristigen Verhandlungsschiene könnten größere Befugnisse der Gouvernorate einen praktikablen Gegenstand von Verhandlungen darstellen, noch bevor eine Einigung über den endgültigen politischen Status erzielt wird. Vorschläge zur Ausweitung lokaler Zuständigkeiten in den Bereichen Verwaltung, Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, Ressourcenmanagement sowie Aspekte der lokalen Sicherheitsarchitektur sollten als vorläufige vertrauensbildende Maßnahmen in Betracht gezogen werden, sofern sie durch klare rechtliche Zuständigkeiten, eindeutig geregelte finanzielle Verantwortlichkeiten und Mechanismen der Rechenschaftspflicht abgesichert sind.

Eindämmen. Beschränkungen sollten sich gegen Einschüchterung, Gewalt und Angriffe auf Institutionen richten, nicht gegen friedliche Forderungen nach Unabhängigkeit, Föderalismus oder Dezentralisierung. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, die Bearbeitung von Beschwerden und Benachteiligungen sowie die sicherheitspolitische Deeskalation sind keine Ablenkung von der militärischen Kampagne; sie tragen vielmehr dazu bei, zu verhindern, dass innere politische Spannungen diese untergraben. Europäische Missionen und Partner im Bereich der Menschenrechte könnten Repressalien beobachten, rechtliche Unterstützung fördern und vertrauliche Beschwerdekanäle einrichten.

Wirtschafts- und Governance-Prioritäten

Sofort klären. Die jemenitische Regierung sollte über die zuständigen Ministerien sowie die bestehenden Kommissionen für Personalwiedergutmachung und Landfragen in Zusammenarbeit mit den Behörden der Gouvernorate zunächst die Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen überprüfen, bevor weitere Abhilfemaßnahmen angekündigt werden. Diese Überprüfung sollte erfassen, welche Auszahlungen geleistet und welche Wiedereinstellungen vorgenommen wurden, welche Ansprüche noch offen sind, welche Landansprüche weiterhin ungeklärt bleiben und welche Einsprüche noch anhängig sind. Die zusammengefassten Ergebnisse, Kriterien für Anspruchsberechtigung sowie Priorisierungsregeln sollten veröffentlicht werden, während einzelne Anspruchsberechtigte Zugang zu ihren Unterlagen und ein klares Verfahren zur Anfechtung von Entscheidungen erhalten sollten. Jede zuständige Behörde sollte einen kostenmäßig hinterlegten Umsetzungsplan erstellen, der die verfügbaren Finanzmittel, den noch bestehenden Finanzierungsbedarf sowie die Zuständigkeiten für die Bewilligung von Abhilfemaßnahmen ausweist. Verifizierte Ansprüche sollten anschließend schrittweise entsprechend der verfügbaren Finanzierung bearbeitet werden, wobei regelmäßig über die erzielten Fortschritte berichtet werden sollte. Europäische Unterstützung sollte die Überprüfung von Unterlagen, unabhängige Rechtsberatung, die Verwaltung von Ansprüchen sowie das Monitoring der Umsetzung fördern, während Entscheidungen über Ansprüche und die Verantwortung für deren Finanzierung bei den zuständigen jemenitischen Behörden verbleiben.

Eine sofortige Initiative zur Stabilisierung der öffentlichen Dienstleistungen sollte während der heißen Sommermonate eine verlässliche Stromversorgung priorisieren, insbesondere in Aden und im Hadhramaut. Das Elektrizitätsministerium, die öffentlichen Stromversorger, die Finanzbehörden und die Verwaltungen der Gouvernorate sollten noch vor dem Zeitraum des höchsten Strombedarfs einen kostenmäßig hinterlegten Sommerbetriebsplan vereinbaren. Dieser sollte die Beschaffung und Lieferung von Treibstoff, dringende Wartungsarbeiten, kritische Reparaturen am Stromnetz sowie die kontinuierliche Versorgung von Krankenhäusern und Wasseranlagen abdecken. Eine verlässlichere Stromversorgung würde eine besonders sichtbare Quelle gesellschaftlicher Belastung und Unzufriedenheit verringern, die Aufrechterhaltung grundlegender Dienstleistungen und wirtschaftlicher Existenzgrundlagen unterstützen und zugleich einen konkreten Beleg für die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen während der Aussetzung des Dialogs liefern. Europäische Partner könnten ergänzende Maßnahmen unterstützen, die von Investitionen des Privatsektors bis hin zu gezielten Reparaturen und der Überwachung von Beschaffungsprozessen reichen, ohne dabei eine zeitlich unbegrenzte Verantwortung für Treibstoff- oder Gehaltskosten zu übernehmen.

Über längere Zeit bearbeiten. Die nationalen Finanzbehörden, die produzierenden Gouvernorate sowie die betroffenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Süden sollten transparente Übergangsregelungen für die Erhebung und Verteilung von Staatseinnahmen, Gehaltszahlungen und die Finanzierung prioritärer öffentlicher Dienstleistungen aushandeln. Diese Regelungen sollten administrative Zuständigkeiten, Berichtspflichten und Überprüfungsverfahren klar festlegen und zugleich ausdrücklich vorsehen, dass Fragen des Eigentums an Ressourcen, einer dauerhaften Verteilung von Staatseinnahmen und der verfassungsrechtlichen Ordnung späteren politischen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Die Teilnahme an solchen Regelungen sollte nicht als Zustimmung zu einem bestimmten verfassungsrechtlichen Ergebnis gewertet wer-

den. Eine längerfristige Unterstützung des Elektrizitätssektors sollte die Wartung, die Zuverlässigkeit der Netzinfrastruktur, die finanzielle Rechenschaftspflicht und eine bezahlbare Stromversorgung verbessern, um die Abhängigkeit von wiederkehrenden Nothilfemaßnahmen zur Treibstoffbeschaffung zu verringern. Wie Al-Amrani und Pickhardt (2026: 4) argumentieren, sollte europäische Unterstützung im Bereich Governance auch während einer erneuten militärischen Eskalation fortgeführt werden. Eine solche Unterstützung sollte bestehende jemenitische Institutionen und ihre Fähigkeit zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen stärken, begleitet von einer unabhängigen Überprüfung der Umsetzung und Schutzvorkehrungen gegen die Schaffung von Parallelstrukturen.

Vereinnahmung verhindern. Europäische Geldgeber und ihre Durchführungspartner sollten mit bestehenden Ministerien, Verwaltungen der Gouvernorate und öffentlichen Kontrollinstanzen zusammenarbeiten, um Gehaltslisten zu überprüfen, Kontrollen im Beschaffungswesen zu stärken, über Einnahmenerhebungen und Mitteltransfers Bericht zu erstatten sowie Untersuchungen zu nicht genehmigten Abgaben zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen sollte durch unabhängige Überprüfungsmechanismen und leicht zugängliche Beschwerdeverfahren ergänzt werden, insbesondere dort, wo diese Institutionen selbst in Vereinnahmung, Patronage oder Ausschlusspraktiken verwickelt sind.

Unterstützungsvereinbarungen sollten Berichtspflichten, Korrekturmaßnahmen und Verfahren zur Überprüfung ungelöster Beschwerden klar festlegen. Wo schwerwiegende Unregelmäßigkeiten fortbestehen, sollten die Partner die betreffende Unterstützung anpassen, dabei jedoch die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und den Schutz legitimer Leistungsempfänger sicherstellen. Für die Untersuchung und Durchsetzung sollten weiterhin die zuständigen jemenitischen Behörden verantwortlich bleiben, während europäische Unterstützung deren Fähigkeit stärkt, verlässliche Aufzeichnungen zu führen, Unregelmäßigkeiten zu identifizieren und über ergriffene Korrekturmaßnahmen öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Sicherheitsprioritäten

Sofort klären. Der sicherheitsbezogenen Konfliktvermeidung sollte Vorrang vor einer verfrühten Integration der Sicherheitskräfte eingeräumt werden, insbesondere zwischen regierungsnahen Formationen, deren konkurrierende Befehlsstrukturen weiterhin eine Quelle von Spannungen darstellen. Die Institutionen des Verteidigungs- und Innenministeriums, militärische Kommandeure und die Behörden der Gouvernorate sollten operative Kommunikationskanäle, Verfahren zur Meldung von Zwischenfällen sowie einvernehmliche Beschränkungen für umstrittene Truppenverlegungen, Häfen und strategische Infrastruktur vereinbaren. Wie Al-Khameri (2026: 12–13) argumentiert, sollten Mechanismen zur Sicherheitskoordinierung darauf abzielen, die bestehende Fragmentierung kurzfristig handhabbar zu machen und zugleich schrittweise die Fähigkeit des Staates zu stärken, den Sicherheitssektor zu regulieren, zu koordinieren und zu beaufsichtigen, anstatt parallele Strukturen zu institutionalisieren, die an die Stelle legitimer staatlicher Autorität treten.

Über längere Zeit bearbeiten. Die Integration der Sicherheitskräfte sollte das Problem glaubwürdiger Garantien ebenso berücksichtigen wie die organisatorische Umstrukturierung. Eine funktionale Integration – gemeinsame Kommunikationssysteme, verifizierte Personalregister, professionelle Standards, zivile Aufsicht und eine rechenschaftspflichtige Gehaltsverwaltung – sollte schrittweise voranschreiten und von schriftlich festgehaltenen gegenseitigen Verpflichtungen zu Truppenstationierungen, dem Zugang zu öffentlichen Institutionen und dem Verzicht auf Vergeltungsmaßnahmen begleitet werden. Die beteiligten Behörden und Kommandeure sollten Verfahren zur Meldung mutmaßlicher Verstöße, zur Prüfung von Beweismitteln und zur Verifizierung der Einhaltung von Vereinbarungen festlegen, die von allen Parteien akzeptiert werden. Nachgewiesene Verstöße sollten innerhalb vereinbarter Fristen Korrekturmaßnahmen nach sich ziehen; ungelöste oder wiederholte Verstöße sollten an Saudi-Arabien als Schirmherr des Prozesses sowie an die zuständigen jemenitischen Behörden verwiesen werden. Die Einhaltung der Vereinbarungen sollte überprüft werden, bevor weitere Übertragungen von Befehlsgewalt oder andere Integrationsschritte erfolgen, sodass die beteiligten Formationen nicht auf ihre militärische Verhandlungsmacht verzichten müssen, ohne dass die zugesicherten Gegenleistungen tatsächlich umgesetzt werden. Diese Regelungen sollten den Schutz von Beschwerdeführenden gewährleisten und den Zugang zu gerichtlichen Rechtsbehelfen sichern. Europäische Partner könnten technische Verifizierungsmechanismen, Beschwerdeverfahren und zivile Aufsicht unterstützen und dabei unabhängig vom jeweiligen regionalen Unterstützer einer Formation einheitliche Standards in den Bereichen Menschenrechte und Rechenschaftspflicht anwenden.

Eindämmen. Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sollten sich gegen gewaltbereite Netzwerke richten, ohne lokale Gemeinschaften oder friedliche Bewegungen im Süden zu kriminalisieren. Europäische Unterstützung in den Bereichen Polizeiarbeit, Finanzermittlungen und maritime Sicherheit sollte rechtsstaatlichen Grundsätzen folgen und Maßnahmen zur Unterbindung illegaler Aktivitäten auf See mit rechenschaftspflichtigen staatlichen Institutionen an Land verknüpfen.

Eine selektive europäische Rolle

Das europäische Engagement sollte den politischen Einfluss Saudi-Arabiens und den von den Vereinten Nationen geführten Friedensprozess ergänzen, indem es sich auf Bereiche konzentriert, in denen europäische Institutionen über etablierte Fachkompetenz und Umsetzungskapazitä-

ten verfügen. Die EU könnte die technische Vorbereitung einer Wiederaufnahme des Süd-Süd-Dialogs über bestehende Initiativen zur Friedensförderung und Track-2-Dialoge unterstützen, einschließlich Verfahrensberatung, vertraulicher Vermittlung und unabhängigen zivilgesellschaftlichen Monitoring-Maßnahmen. Die von der EU unterstützte Peace Support Facility bietet hierfür einen bestehenden Kanal zur Förderung inklusiver Beteiligung und lokaler Friedensförderung.

Die EU könnte im Bereich Governance auf ihrer Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) aufbauen, einschließlich der Initiative SIERY (*Strengthening Institutional and Economic Resilience in Yemen*) und der neu aufgelegten Initiative MASAR (*Mobilizing Area Solutions for Action and Recovery*), um die lokale Verwaltung, die finanzielle Transparenz und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu stärken. Europäische Unterstützung für Mechanismen zur Bearbeitung von Beschwerden und Benachteiligungen sollte sich vorrangig auf die Überprüfung von Ansprüchen, die Pflege administrativer Register, rechtliche Beratung und transparente Monitoring-Verfahren konzentrieren, anstatt Verantwortung für wiederkehrende Gehaltszahlungen oder Entschädigungsverpflichtungen zu übernehmen.

Europäisches Engagement im Sicherheitsbereich sollte selektiv und an klare Bedingungen geknüpft bleiben. Das erweiterte Mandat von EUNAVFOR Aspides, einschließlich der Zusammenarbeit mit der jemenitischen Küstenwache und der Verknüpfung mit CRIMARIO, bietet Möglichkeiten für die maritime Koordinierung und institutionelle Unterstützung innerhalb bestehender Einsatzmandate. Interessierte Mitgliedstaaten der EU sowie das Vereinigte Königreich könnten diese Bemühungen durch technische Unterstützung in den Bereichen Sicherheitssektor-Governance, Konfliktvermeidung im Sicherheitsbereich und zivile Aufsicht ergänzen. Unterstützungsmaßnahmen sollten rechenschaftspflichtige staatliche Institutionen stärken, einheitliche Menschenrechtsstandards anwenden und vermeiden, autonome Sicherheitsstrukturen zusätzlich zu verfestigen.

Europäisches diplomatisches Engagement sollte die regionale Zusammenarbeit unterstützen, die den politischen Zusammenhalt im Süden und rechenschaftspflichtige Sicherheitsarrangements stärkt. Aufbauend auf ihren Beziehungen zu Riad und Abu Dhabi könnten europäische Akteure auf ein gemeinsames Verständnis hinwirken, das vereinbarte Verfahren für politische Beteiligung, Zurückhaltung im Umgang mit umstrittenen Institutionen und die rechtzeitige Umsetzung ausgehandelter Vereinbarungen unterstützt. Ein solches Verständnis sollte die wechselseitigen Verpflichtungen der jemenitischen Akteure stärken und deren Eigenverantwortung für den politischen Prozess respektieren. Europäische Partner könnten darüber hinaus diskrete Unterstützung für die Kommunikation zwischen regionalen Akteuren und einem einvernehmlich eingesetzten jemenitischen Vermittlungsmechanismus leisten und so einen Kanal schaffen, um Bedenken zu klären und Meinungsverschiedenheiten zu bearbeiten, bevor sie eskalieren. Der Dialog zwischen politischen und gesellschaftlichen Kräften des Südens mit unterschiedlichen regionalen Beziehungen würde diese Bemühungen ergänzen, indem er ihnen hilft, gemeinsame Prioritäten zu identifizieren und zugleich Raum für unterschiedliche politische Präferenzen zu bewahren.

Tab. 1

Prioritäten für die politische Stabilisierung des Südens

Thema & Problem	Sofort klären	Über längere Zeit bearbeiten	Durchgängig eindämmen	Federführender Akteur	Möglicher europäischer Beitrag
Politik Umstrittene Repräsentationsansprüche und unterschiedliche Interessen der Gouvernorate erfordern breitere Zustimmung als reine Elitenabsprachen.	Politische und zivilgesellschaftliche Kommunikationskanäle aufrechterhalten. Die Überprüfung umstrittener Ernennungen und Zugang zu Institutionen vereinbaren. Nominierungs- und Beschwerdeverfahren ausarbeiten, die eine substanzielle Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und Vertretern der Gouvernorate gewährleisten.	Politische und auf Ebene der Gouvernorate geführte Konsultationsprozesse in einem gemeinsamen Forum zusammenführen. Die saudische Schirmherrschaft von der Vermittlungsfunktion trennen. Begründete Rückmeldungen zu Konsultationsvorschlägen verbindlich vorsehen und vereinbaren, wie südliche Optionen in landesweite Vereinbaren einfließen.	Friedliche politische Interessenvertretung schützen und vertrauliche Beschwerdekanäle bereitstellen. Die saudisch-emiratische Koordinierung zur Unterstützung vereinbarter Auswahlverfahren, zurückhaltenden Umgang mit umstrittenen Institutionen und die fristgerechte Umsetzung ausgehandelter Vereinbarungen fördern.	Jemenitische Institutionen und die politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Südens vereinbaren die Verfahrensregeln. Saudi-Arabien übernimmt die Schirmherrschaft; einvernehmlich bestimmte Vermittler:innen und ein Sekretariat steuern den Prozess. Unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure überwachen Beteiligung und Umsetzung.	Verfahrensberatung, inklusive Beteiligung und unabhängiges Monitoring über bestehende Friedensförderungsinstrumente unterstützen. Die bilaterale Diplomatie sollte regionale Zurückhaltung und die Koordinierung mit dem UN-geführten Friedensprozess fördern (European External Action Service 2025; Al-Amrani/Pickhardt 2026: 13).
Wirtschaft und Governance Nicht umgesetzte Wiedergutmachungsmaßnahmen, umstrittene Staatseinnahmen und wiederkehrende Stromausfälle während der Sommermonate untergraben das Vertrauen.	Personal- und Landansprüche überprüfen; zusammengefasste Ergebnisse sowie einen kostenmäßig hinterlegten Zeitplan für Wiedergutmachungsmaßnahmen einschließlich Einspruchsverfahren veröffentlichen. Einen finanziell abgesicherten Zeitplan für Gehaltszahlungen und einen Sommerplan für die Stromversorgung vereinbaren: Treibstoffbeschaffung, dringende Reparaturen, kritische Infrastrukturen und veröffentlichte Versorgungsziele.	Übergangsregelungen für Erhebung, Transfers und Berichterstattung vereinbaren, ohne Fragen des Ressourceneigentums oder der endgültigen Verteilung vorwegzunehmen. Lokale Zuständigkeiten und ihre Finanzierung aushandeln; finanzierte Wiedergutmachungsmaßnahmen schrittweise umsetzen und eine verlässliche sowie bezahlbare Stromversorgung über reine Nothilfemaßnahmen hinaus verbessern.	Gehaltslisten, Beschaffungsverfahren und Treibstofflieferungen überprüfen. Transfers sowie Leistungsdaten zur Stromversorgung veröffentlichen. Anspruchsdaten schützen und Beschwerden unabhängig prüfen. Korrekturmaßnahmen verlangen, wenn Institutionen in Vereinnahmung oder Ausgrenzung verwickelt sind.	Finanz- und Elektrizitätsbehörden, öffentliche Stromversorger, Gouvernorate und Wiedergutmachungsstellen setzen die Maßnahmen um. Öffentliche Kontrollinstanzen überwachen die Umsetzung; Finanzierungspartner legen die zugesagten Mittel, Zuständigkeiten und den jeweiligen Förderzeitraum fest.	Unterstützung bei der Anspruchsbearbeitung, Rechtsberatung, Aufsicht über Beschaffungsverfahren und Monitoring der Dienstleistungserbringung. Bestehende MASAR-Unterstützung und Programme zur Stärkung lokaler Governance nutzen; weitere gezielte Unterstützung für den Elektrizitätssektor prüfen. Keine offenen oder dauerhaften Verpflichtungen für Gehaltszahlungen, Entschädigungen oder Treibstoffkosten eingehen (UNDP 2026).
Sicherheit Fragmentierte Befehlsstrukturen und schwache Garantien fördern den Rückgriff auf autonome militärische Macht.	Kontakte herstellen und Truppenverlegungen begrenzen. Gegenseitige Verpflichtungen zu Truppenstationierungen, institutionellem Zugang und Nichtvergeltung festhalten; geschützte Melde-, Prüf- und Verifizierungsverfahren vereinbaren.	Kommunikationssysteme, Personalregister, Gehaltsverwaltung und professionelle Standards mit politischen Garantien und ziviler Aufsicht verknüpfen. Die Einhaltung von Vereinbarungen überprüfen und nachgewiesene Verstöße vor weiteren Übertragungen von Befehlsgewalt oder Integrationsschritten beheben.	Korrekturmaßnahmen innerhalb vereinbarter Fristen umsetzen; ungelöste oder wiederholte Verstöße an die saudische Schirmherrschaft und die zuständigen jemenitischen Behörden verweisen. Beschwerdeführende schützen, Missstände untersuchen und Menschenrechtsstandards in allen Formationen gleichermaßen anwenden.	Jemenitische zivile Behörden und beteiligte Kommandeure setzen Vereinbarungen um. Ein einvernehmlich eingerichteter Mechanismus überprüft die Einhaltung; zuständige Behörden verfolgen Verstöße und sorgen für Rechenschaftspflicht. Saudi-Arabien unterstützt Korrekturmaßnahmen und nutzt seinen Einfluss, um Behinderungen der Umsetzung entgegenzuwirken.	Technische Verifizierung, Beschwerdemechanismen und zivile Aufsicht unterstützen. Kooperation von ASPIDES/jemenitischer Küstenwache/CRIMARIO aufs Mandat beschränken; weitergehende Unterstützung im Sicherheitsbereich an Land gesondert prüfen und über geeignete Instrumente bereitstellen (Council of the European Union 2026).

Bibliografie

ACLED (2025): Middle East Overview: December 2025 (2025). https://acleddata.com/update/middle-east-overview-december-2025 (1.11.2026).

ACLED (2026): Middle East Overview: January 2026 (2026). https://acleddata.com/update/middle-east-overview-january-2026 (1.11.2026).

Al-Amrani, Mohammed; Pickhardt, Julia (2026): Fragile Consolidation: Yemen's New Government and the Case for European Governance Engagement. Friedrich-Ebert-Stiftung and CARPO, September 2026. https://carpo-bonn.org/en/publications/carpo-cooperations/fragile-consolidation-yemen-s-new-government-and-the-case-for-european-governance-support (18.10.2026).

Al-Khameri, Ahmed A. (2026): From Hybrid Security Arrangements to Good Enough SSR in Yemen. CARPO Brief No. 29 (3 August 2026), pp. 12–13. https://carpo-bonn.org/en/publications/carpo-briefs/from-hybrid-security-arrangements-to-good-enough-ssr-in-yemen (18.10.2026).

Ardemagni, Eleonora (2026): Yemen's Saudi-Driven Security and Military Restructuring: Trends and Key Factors. in: The Yemen Review, Sana'a Center for Strategic Studies, April–June 2026 (31 July 2026). https://sanaacenter.org/the-yemen-review/april-june-2026/28107 (18.10.2026).

Vertrauliches Interview (2026a): a southern political figure, Aden, September 2026.

Vertrauliches Interview (2026b): a southern political figure, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026c): a senior Yemeni government official, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026d): a southern political figure, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026e): a Yemeni government official, Aden, September 2026.

Vertrauliches Interview (2026f): a senior Yemeni government official, Amman, September 2026.

Vertrauliches Interview (2026g): a southern political figure, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026h): a southern political figure, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026i): a senior Yemeni government official, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026j): a southern political figure, Riyadh, October 2026.

Vertrauliches Interview (2026k): a southern political figure, Aden, September 2026.

Council of the European Union (2026): Maritime security: Council updates mandates of EU naval operations ASPIDES and ATALANTA (30 March 2026). https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/03/30/maritime-security-council-updates-mandates-of-eu-naval-operations-aspides-and-atalanta/ (1.11.2026).

El Yaakoubi, Aziz; Alghobari, Mohammed (2023): Houthi official says Yemen peace talks made progress, further rounds planned. in: Reuters, 14 April 2023. https://www.reuters.com/world/middle-east/saudi-houthi-peace-talks-yemens-sanaa-conclude-with-further-rounds-planned-2023-04-14/ (18.10.2026).

European External Action Service (2025): Building peace through partnership: EU's support to the Peace Support Facility in Yemen (16 November 2025). https://www.eeas.europa.eu/delegations/yemen/building-peace-through-partnership-eus-support-peace-support-facility-yemen_en (1.11.2026).

geoBoundaries (n.d.): gbOpen Yemen ADM1 administrative boundaries (2017). Derived from OpenStreetMap/Wambacher; Open Data Commons Open Database License 1.0. https://www.geoboundaries.org/api/current/gbOpen/YEM/ADM1/ (1.11.2026).

Government of Yemen; Southern Transitional Council (2019): Riyadh Agreement between the Legitimate Government of Yemen and the Southern Transitional Council (5 November 2019), Annexes I–III. PA-X Peace Agreements Database. https://www.peaceagreements.org/agreements/2235/ (18.10.2026).

Gulf Cooperation Council (2011): Agreement on the Implementation Mechanism for the Transition Process in Yemen in Accordance with the Initiative of the Gulf Cooperation Council (23 November 2011), paragraphs 20–21. PA-X Peace Agreements Database. https://www.peaceagreements.org/agreements/758/ (18.10.2026).

Human Rights Watch (2009): In the Name of Unity: The Yemeni Government's Brutal Response to Southern Movement Protests (15 December 2009). https://www.hrw.org/reports/southyemen1209web.pdf (18.10.2026).

National Dialogue Conference (2013): Outcome of the Subcommittee of the Southern Working Group: Agreement on a Just Solution to the Southern Question (23 December 2013). https://constitutionnet.org/sites/default/files/140118_agreement_on_the_southern_question_en_final.pdf (18.10.2026).

Political Forces Dialogue Committee (1994): The Document of Pledge and Accord (1994). English translation hosted by the Human Rights Information and Training Center. https://hritc.co/wp-content/uploads/2020/06/Document-of-Pledge-and-Accord-1994-and-Notes-on-the-Document-of-Pledge-and-Accord.pdf (1.11.2026).

Regions Committee (2014): Final Decision on the Delimitation of the Federal Regions (10 February 2014), pp. 2–3. PA-X Peace Agreements Database. https://www.peaceagreements.org/media/documents/ag1508_577ba89623b6e.pdf (18.10.2026).

Saudi Press Agency (2020): Kingdom of Saudi Arabia Proposes to Yemeni Government, Southern Transitional Council Mechanism to Accelerate Implementation of Riyadh Agreement (29 July 2020). https://www.spa.gov.sa/2115315 (18.10.2026).

Saudi Press Agency (2026): Saudi Arabia Welcomes Yemeni Presidential Leadership Council President's Request to Convene Conference in Riyadh for All Southern Factions (3 January 2026). https://www.spa.gov.sa/fr/N2480670 (18.10.2026).

Southern Transitional Council (2025): The STC Issues Keynote Statement on Developments in Hadramaut and Al-Mahra Governorates (26 December 2025). https://en.stcaden.com/posts/12660 (1.11.2026).

Transfeld, Mareike (2019): Peace and State Fragmentation in Yemen. in: Sada, Carnegie Endowment for International Peace (22 November 2019). https://carnegieendowment.org/sada/2019/11/peace-and-state-fragmentation-in-yemen (18.10.2026).

United Nations Development Programme (2026): The EU advances locally led development and recovery in Yemen through a €9 million agreement with UNDP (6 October 2026). https://www.undp.org/yemen/press-releases/eu-advances-locally-led-development-and-recovery-yemen-through-eur9-million-agreement-undp (1.11.2026).

World Bank (2025): Economic Hardship Deepens in Yemen (17 November 2025). https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/11/17/economic-hardship-deepens-in-yemen (18.10.2026).

Yemen Arab Republic; People's Democratic Republic of Yemen (1990): Agreement Establishing a Union between the State of the Yemen Arab Republic and the State of the People's Democratic Republic of Yemen (22 April 1990). PA-X Peace Agreements Database. https://www.peaceagreements.org/agreements/264/ (1.11.2026).

Yemen Policy Center (2022): Yemen's Incomplete National Dialogue: Insights on the Design and Negotiations Dynamics (2022). https://www.yemenpolicy.org/yemens-incomplete-national-dialogue/ (18.10.2026).

Über das Projekt und über die Autoren

Über das Projekt

Diese Publikation ist Teil der ‚Yemen Policy Analyse'-Serie, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und CARPO umgesetzt wird. Vor dem Hintergrund tiefgreifender politischer und sozioökonomischer Transformationen im Jemen unterstützt dieses Projekt die Entwicklung von Publikationen zu zentralen Fragen der Regierungsführung, nachhaltigen Konfliktlösung und wirtschaftlichen Stabilisierung mit einem Fokus auf die Gebiete unter Kontrolle der international anerkannten Regierung. Es kombiniert vertiefte Analysen aktueller Entwicklungen mit kurzen Briefing-Papieren, die kurzfristige politische Ereignisse einordnen, um realistische und umsetzbare Empfehlungen für deutsche und internationale Entscheidungsträger zu formulieren. Durch die Kombination aus Policy Briefs, kurzfristigen Analysen sowie begleitenden Expertengesprächen und Briefings trägt das Projekt dazu bei, das politische Bewusstsein in Deutschland und Europa für den Jemen zu stärken und fundierte politische Entscheidungsprozesse zu unterstützen.

Über die Autoren

Ahmed Al-Khameri ist Mitglied der Conflict and Stabilization Practice von Chemonics und leitet den vom Vereinigten Königreich finanzierten Yemen Flexible Funding Mechanism. Er ist Experte für nationale Sicherheit und internationale Politik mit mehr als 15 Jahren Berufserfahrung in den Bereichen Konflikt, Stabilisierung und Governance im Nahen Osten. Er hat die britische Regierung, die US-Regierung sowie internationale Partner zu Fragen des Jemen und der weiteren Region beraten und dabei Politikanalyse mit Programmleitung in komplexen und politisch sensiblen Kontexten verbunden. Seine Arbeit konzentriert sich auf die Schnittstelle von Sicherheitssektor-Governance, politischen Regelungen zur Konfliktbeilegung und Stabilisierungspolitik in fragmentierten Konfliktkontexten. Ahmed Al-Khameri ist Chevening-Stipendiat und besitzt einen Masterabschluss (MA) in International Politics von der City University London.

Kontakt: aalkhameri@chemonics.com

Martin Jerrett war zwei Jahre lang Senior Political Affairs Officer im Büro des Sondergesandten der Vereinten Nationen für Jemen. In dieser Funktion beriet er zunächst Jamal Benomar und später dessen Nachfolger Ismail Ould Cheikh Ahmed in Fragen des Südjemen. Er stand mit einer Vielzahl politischer Gruppen im Süden in Kontakt und bemühte sich darum, sie in den Friedensprozess und den Nationalen Dialog einzubinden. Seit 2016 arbeitet er weiterhin zu Jemen-Fragen für das britische Foreign and Commonwealth Office. Darüber hinaus ist er Mitglied der British Yemeni Society und regelmäßiger Autor des *British Yemeni Society Journal*.

Kontakt: martin_jerrett@yahoo.com

Friedrich Ebert Stiftung

In Kooperation mit:

CARPO
Center for Applied Research in Partnership with the Orient